

## 21. Oktober 1970: Information des KGB an das ZK der KPdSU: Analyse der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag betreffend Text des Moskauer Vertrages \*

Streng geheim

Nachfolgend wird der Wortlaut eines Dokuments des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des westdeutschen Bundestags, Schröder, für die mit der Ausarbeitung der Position der Christdemokraten zum Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD beauftragte CDU/CSU-Kommission übermittelt. Das Dokument enthält Vorschläge Schröders zur Position, die die CDU/CSU in dieser Frage einnehmen soll.

Dem Außenministerium der UdSSR zur Kenntnis gebracht.

Anlage: 8 Seiten.

Der stellv. Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR

Čebrikov<sup>1</sup>

Streng geheim

### Die CDU/CSU und der Moskauer Vertrag

#### I. Vorgeschichte

Unsere ablehnende Haltung gegenüber dem Vertragsabschluss mit Moskau beruhte darauf, dass

- unsere Lagebeurteilung sich von der Lagebeurteilung durch die Regierung unterschied (wir waren der Meinung, dass noch keine Bereitschaft der Sowjetunion zu einem „konstruktiven Kompromiss“ sichtbar ist);
- das als Grundlage für die Verhandlungen herangezogene „Bahr-Papier“ von uns seinerzeit<sup>2</sup> abgelehnt worden war;
- wir den Standpunkt einnahmen, dass vor Unterzeichnung des Vertrages die Sowjetunion einer Verbesserung der Position Westberlins<sup>3</sup> zustimmen muss;
- von uns Befürchtungen hinsichtlich dessen geäußert wurden, dass die Ostpolitik, wie sie derzeit von der Regierung verfolgt wird, unsere Verbindungen zu den westlichen Partnern, insbesondere den USA, schwächt, und die politische und wirtschaftliche Einigung Europas behindert.

#### II. Jetzige Lage

1. Mit der Unterzeichnung des Vertrags nimmt die BRD, und nicht nur ihre Regierung, gewisse Verpflichtungen bezüglich der Sowjetunion auf sich.<sup>4</sup>

---

\* RGANI, F. 5, op. 62, d. 576, S. 178–186. – Briefkopf: „UdSSR, Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, 21. Oktober 1970, Nr. 2873-č, Moskau.“ Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 34550, 22. Oktober 1970, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU, hs.: 25-s/7.“ Hs.: „25-s/7. Information auf der Rückseite.“

<sup>1</sup> Hs. unterzeichnet.

<sup>2</sup> Dieses Wort fehlt im deutschen Original: Vgl. ACDP, 01-483-176/2. Auf den Verweis „Vgl. ebd.“ wird in den folgenden Fußnoten verzichtet.

<sup>3</sup> Im deutschen Original: „Verbesserungen für Berlin“.

<sup>4</sup> Im deutschen Original: „Mit der Unterzeichnung ist eine gewisse Festlegung der BRD, nicht nur der Bundesregierung, gegenüber der SU vollzogen.“

2. Der Vertrag selbst samt den Anhängen ist in keiner Weise besser als das „Bahr-Papier“. Der grundlegende Sinn des Vertrags besteht darin, dass die BRD Zugeständnisse macht und die Sowjetunion diese annimmt.<sup>5</sup>
3. Die Regierung behauptet unbegründet, dass Zugeständnisse von sowjetischer Seite folgen würden.<sup>6</sup> Ihrer Ansicht nach seien Verbesserungen der Lage Westberlins<sup>7</sup>, Verbesserungen im Bereich der innerdeutschen Beziehungen, eine Ausweitung<sup>8</sup> der gegenseitig vorteilhaften Handelsbeziehungen und ein positiver Wandel in unseren Beziehungen zu anderen Ostblockstaaten zu erwarten.

Unsere Haltung zu den schriftlich fixierten Resultaten der Moskauer Verhandlungen ist negativ, gegenüber den Erwartungen der Regierung skeptisch. Natürlich ist nicht auszuschließen, dass die andere Seite Zugeständnisse macht, insbesondere in der Berlin-Frage,<sup>9</sup> die vielleicht wenig wert sein werden, die sich aber gut verkaufen lassen. Man wird auch abwarten müssen, welche Resultate die Verhandlungen mit Ostberlin, Warschau und Prag bringen werden.<sup>10</sup>

4. <sup>11</sup>Unsere westlichen Partner unterstützen offiziell die Ostpolitik der Regierung (mit Verweis auf ihre Siegerrechte). Gleichzeitig darf man nicht übersehen, dass es – insbesondere in Washington – Bedenken gegen einige Aspekte dieser Ostpolitik gibt. Wir dürfen jedoch nicht erwarten, dass unsere Partner unsere Interessen energischer vertreten als wir selbst.

Wie die Äußerungen Mansfields und Fulbrights zeigen, besteht die Gefahr, dass jene Kräfte in den USA, die auf einer Reduzierung der amerikanischen Truppen in Europa bestehen, im Moskauer Vertrag Argumente zur Unterstützung ihrer Forderungen finden. Das schwächt auch die Position der westlichen Länder in den Verhandlungen über die beiderseitige Reduzierung der Streitkräfte.

### III. Konsequenzen für die Haltung der CDU/CSU Möglichkeiten

1. Auch weiterhin die Resultate der Moskauer Verhandlungen strikt ablehnen und versuchen, eine Ratifizierung des Vertrages im Bundestag zu verhindern.
2. Auf die Haltung der Regierung einschwenken und dabei darauf hinweisen, dass wir uns mit den vollendeten Tatsachen abfinden müssen, dass Scheel einige unbedeutende Verbesserungen des Vertrages erreicht hat (diese haben vielleicht irgendeine völkerrechtliche, jedoch kaum eine politische Bedeutung), und dass wir die Erwartungen der Regierung teilen.
3. Eine Linie verfolgen, die ich als „kritisch abwartend“ bezeichnen möchte.

#### Analyse der Möglichkeiten<sup>12</sup>

Die erste Variante birgt die Gefahr, dass wir:

- a) in den Augen des Volkes als „ewige Nein-Sager“ und „Verfechter des Kalten Krieges“ dastehen, besonders wenn die Sowjetunion zumindest der Verbesserung der Lage Westberlins<sup>13</sup> zustimmt, die sich gut „verkaufen“ lässt, unabhängig davon, ob sie tatsächlich konkret etwas bedeutet;

<sup>5</sup> Im deutschen Original: „Die BRD gibt, die SU nimmt im wesentlichen.“

<sup>6</sup> An dieser Stelle folgt im deutschen Original der Satz: „Der Vertrag gebe dem Verhältnis BRD-SU eine neue positive Grundlage.“

<sup>7</sup> Im deutschen Original: „Berlins“.

<sup>8</sup> Dieses Wort fehlt im deutschen Original.

<sup>9</sup> Im deutschen Original: „bes. in Berlin“.

<sup>10</sup> Im Original ist dieser Absatz als Punkt 4 gekennzeichnet.

<sup>11</sup> Punkt 4 ist im deutschen Original als Punkt 5 gekennzeichnet.

<sup>12</sup> Im deutschen Original: „Bewertung“.

<sup>13</sup> Im deutschen Original: „Berlin“.

- b) die innenpolitischen Gegensätze zwischen der SPD und der CDU so sehr verschärfen, dass in der Zukunft andere Möglichkeiten ausgeschlossen sein werden<sup>14</sup>;
- c) uns in eine schwierige Lage gegenüber anderen Ländern – sowohl im Osten als auch im Westen – bringen, falls wir wieder regieren<sup>15</sup>.

Die zweite Variante würde uns vor Öffentlichkeit<sup>16</sup> ungläubig machen; in Anbetracht dessen ist sie nicht zu empfehlen<sup>17</sup>.

Die dritte Variante würde den Interessen unseres Landes und auch den Interessen unserer Partei am meisten entsprechen.

Wenn wir nur die in schriftlicher Form niedergelegten Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen prüfen<sup>18</sup>, dann müssen wir ablehnen, weil sich der Vertrag samt Beiwerk<sup>19</sup> nur geringfügig vom „Bahr-Papier“ unterscheidet. Eine detaillierte Analyse sämtlicher Dokumente wäre sicher nützlich, jedoch können seine Ergebnisse unsere Entscheidung nicht ernsthaft beeinflussen. Hier sollte meiner Meinung nach das Hauptaugenmerk auf den Umstand gelegt werden, dass nach Aussagen der Regierung<sup>20</sup> der allgemeine Kompromiss<sup>21</sup> mit der Sowjetunion nicht nur aus schriftlichen Resultaten besteht, sondern auch aus mehr oder weniger klaren und verbindlichen Absichtserklärungen, insbesondere bezüglich Berlins, offenbar aber auch in Bezug auf die innerdeutschen Beziehungen, die Beziehungen zu den anderen Ostblockstaaten und schließlich im Hinblick auf einen für beide Seiten vorteilhaften Ausbau des Handels sowohl zwischen der BRD und der Sowjetunion als auch zwischen der EWG<sup>22</sup> und dem RGW. Insgesamt behauptet die Regierung, Grund zu der Hoffnung zu haben, dass nach Abschluss dieses Vertrags die Sowjetunion vorhabe, ihre Beziehungen zur BRD auf eine neue, positive Grundlage zu stellen.

Wenn diese Erwartungen der Regierung sich in vertretbarem Maße bewahrheiten, werden wir gegen das Inkrafttreten des Vertrages nur solche Argumente vorbringen können, die von der Mehrheit der Bevölkerung kaum verstanden würden. Das würde uns in eine gefährliche Lage bringen.

Für die Begründung einer<sup>23</sup> entschiedenen Ablehnung der Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen müssten wir uns nicht nur auf eigene Bewertung der schriftlichen Resultate stützen, sondern auch auf die Behauptung, die Erwartungen der Regierung würden sich nicht erfüllen. Eine solche Position wäre jedoch unklug.<sup>24</sup> In diesem Fall könnte man uns vorwerfen, wir hätten keinen guten Willen zur Regelung<sup>25</sup> der Beziehungen mit dem Osten.<sup>26</sup> Sollten von sowjetischer Seite Schritte unternommen werden, die tatsächlich Zugeständnisse wären oder geschickt als Zugeständnisse propagiert würden, würde uns das in Verlegenheit bringen. Sollte das ganze Vorhaben scheitern, was einstweilen nicht auszuschließen ist, würde man einen Teil der Verantwortung auf uns legen, da wir als „destruktive Opposition“ die Positionen jener Kräfte in Moskau stärken, die gegenüber der Bundesrepublik<sup>27</sup> negativ eingestellt sind.

Deshalb sollten wir unsere endgültige Entscheidung davon abhängig machen, ob auf unsere im Vertrag fixierte Zugeständnisse akzeptable Zugeständnisse von Seiten der Sowjetunion

<sup>14</sup> Im deutschen Original: „daß Zukunftsmöglichkeiten verbaut werden.“

<sup>15</sup> Im deutschen Original folgt: „(„morgen früh um 9“).“

<sup>16</sup> Im deutschen Original: „vor Volk und Öffentlichkeit“.

<sup>17</sup> Im deutschen Original sind die Wörter „nicht zu empfehlen“ ms. unterstrichen.

<sup>18</sup> Im deutschen Original: „Hätten wir nur über die [...] zu befinden“.

<sup>19</sup> Im deutschen Original folgt: „politisch“.

<sup>20</sup> Im deutschen Original folgt hier der Einschub: „vergrößert ausgedrückt“.

<sup>21</sup> Im deutschen Original: „die Moskauer Vereinbarungen oder das Gesamtarrangement“.

<sup>22</sup> Im deutschen Original: „EG“.

<sup>23</sup> Im deutschen Original folgt: „fortgesetzten“.

<sup>24</sup> Im deutschen Original: „So berechtigt unsere Skepsis sein mag – ein solches Verhalten wäre unklug.“

<sup>25</sup> Im deutschen Original: „Ausgleich“.

<sup>26</sup> Dieser und nachfolgender Satz sind im deutschen Original als ein Satz formuliert.

<sup>27</sup> Dieses Wort fehlt im deutschen Original.

(oder dem Osten allgemein) folgen werden.<sup>28</sup> Diese „kritisch abwartende Haltung“<sup>29</sup> könnte etwas farblos erscheinen. Deshalb sollte sie durch eine Darlegung dessen ergänzt<sup>30</sup> werden, was wir von der anderen Seite erwarten. Das darf kein starrer Katalog an Forderungen werden. Es sollte vielmehr den nötigen Spielraum lassen, aber gleichzeitig unsere „grundlegenden Punkte“<sup>31</sup> klar machen. Über sie sollte auch mit der Regierung gesprochen werden. Wir müssen sie dazu drängen, auf der Erfüllung unserer Forderungen zu bestehen, die ja im Prinzip mit ihren eigenen Erwartungen übereinstimmen, denn es besteht Grund zu der Annahme, dass ohne unseren Druck die Regierung ihre eigenen Forderungen nicht energisch und entschieden genug verfolgen kann. Das Bekenntnis der Regierung, dass der Vertrag ohne Gegenleistung der anderen Seite nicht in Kraft treten könne, gibt uns die Möglichkeit, uns erneut in den Gang der Dinge einzuschalten und eine auch in der Öffentlichkeit wirksame Rolle zu spielen. Die im Vergleich mit der Regierung größere Handlungsfreiheit der Opposition, kann sich für uns als nützlich erweisen, wenn wir sie richtig<sup>32</sup> nutzen.

#### IV. Die künftige Haltung der CDU/CSU

In den kommenden Monaten sollten wir in den Mittelpunkt unserer<sup>33</sup> Aktivitäten nicht die<sup>34</sup> Kritik des Moskauer Vertrages stellen, dessen wesentlicher Inhalt unsere einseitigen Zugeständnisse<sup>35</sup> sind, sondern um das Zustandekommen der östlichen Gegenleistungen in der Berlin-Frage und in den innerdeutschen Beziehungen kümmern; diese Zugeständnisse erwartet auch die Regierung. Unsere Stellungnahme bei der Ratifizierung des Vertrages muss davon abhängen, was in diesem Bereich erreicht wird, aber auch von den Ergebnissen der anderen ostpolitischen Aktivitäten der Regierung. Diese „kritisch abwartende Haltung“ sollte<sup>36</sup> ergänzt werden durch praktische Forderungen und Vorschläge. Da die Regierung aus guten Gründen noch nichts Konkretes hierzu gesagt hat, haben wir die Möglichkeit, uns als die wirklichen Verfechter der deutschen Interessen zu erweisen. Kommt Moskau wirklich entgegen, können wir diesen Erfolg teilen<sup>37</sup>. Kommt es aber – und das wäre der kritische Punkt – nach unserer Auffassung nicht ausreichend entgegen, nach Auffassung der Regierung aber wohl, so kann hierüber nicht von vornherein, sondern nur anhand der konkreten Fakten und unter Berücksichtigung der politischen Gesamtkonstellation, auch im Inneren, entschieden werden. Unter gewissen Umständen werden wir eventuell auch Schritten<sup>38</sup> zustimmen müssen, die wir prinzipiell<sup>39</sup> für nicht zielführend<sup>40</sup> halten; weil anders unsere politische Handlungsfähigkeit zu sehr beeinträchtigt würde.

#### V. Das<sup>41</sup> Ziel der CDU/CSU

Unser Ziel muss es sein,<sup>42</sup> 1971 die Führung der Regierung zu übernehmen. In den Händen einer realistisch geführten Regierung kann<sup>43</sup> der Moskauer Vertrag gerade wegen der Tatsa-

---

<sup>28</sup> Im deutschen Original lautet der Nebensatz: „ob den im Vertrag fixierten deutschen Vorleistungen bis zur Ratifizierung akzeptable sowjetische oder von der SU bewirkte Gegenleistungen folgen.“

<sup>29</sup> Im deutschen Original ms. unterstrichen.

<sup>30</sup> Im deutschen Original: „konkrete Ergänzung“, ms. unterstrichen.

<sup>31</sup> Im deutschen Original wurde der englische Ausdruck „Essentials“ verwendet.

<sup>32</sup> Im deutschen Original: „maßvoll“.

<sup>33</sup> Im deutschen Original folgt: „ostpolitischen“.

<sup>34</sup> Im deutschen Original: „Betrachtung und“.

<sup>35</sup> Im deutschen Original: „Vorleistungen“.

<sup>36</sup> Im deutschen Original folgt: „konkret“.

<sup>37</sup> Im deutschen Original: „an diesem Erfolg partizipieren“.

<sup>38</sup> Im deutschen Original: „Regelungen“.

<sup>39</sup> Im deutschen Original: „sachlich“.

<sup>40</sup> Im deutschen Original: „für schlecht“.

<sup>41</sup> Im deutschen Original folgt: „eigentliche“.

<sup>42</sup> Im deutschen Original folgt: „wenn irgend möglich“.

<sup>43</sup> Im deutschen Original folgt: „auch“.

che, dass er breit gefasste<sup>44</sup> Auslegungsmöglichkeiten zulässt, zu einem brauchbaren Werkzeug für die Umsetzung einer konstruktiven Ostpolitik werden. In den Händen der jetzigen Führer der deutschen Außenpolitik, die zu Illusionen und Wunschdenken neigen, kann er gefährlich werden. Deshalb wäre es gut, wenn die Ratifizierung des Vertrags solange aufgeschoben werden könnte, bis die Regierung aus innenpolitischen Gründen in Gefahr gerät und der Weg zur Bildung einer neuen von uns geführten Regierung frei würde.

## VI. Einzelheiten

Die erwarteten Gegenleistungen der anderen Seite beziehen sich vor allem auf<sup>45</sup> Westberlin<sup>46</sup> und innerdeutsche Beziehungen. Zu diesen Fragen müssen sich vor allem die Spezialisten in der Fraktion äußern. Dies vorbehalten, bemerke ich:

- a) In der Frage Westberlins könnten unsere Forderungen folgendermaßen zusammengefasst werden:<sup>47</sup>
  - Sicherung der Bindungen Westberlins<sup>48</sup> an die BRD (politisch, rechtlich, wirtschaftlich);
  - Sicherung der Vertretung Westberlins nach außen durch die BRD;
  - Fortbestand<sup>49</sup> der Bundesbehörden in Westberlin<sup>50</sup>;
  - Sicherung der Zufahrtswege (z. B. ein gewisses Maß an Exterritorialität der Verkehrswege);
  - mehr Bewegungsfreiheit für die Westberliner<sup>51</sup> in Berlin;
  - Gleichstellung der Westberliner mit den Bürgern der BRD in den Ostblockstaaten.

Wir könnten auf die Abhaltung von Plenarsitzungen in Westberlin<sup>52</sup> verzichten, da diese ohnehin schon seit langem dort nicht mehr stattfinden.

- b) Forderungen im Bereich der innerdeutschen Beziehungen:
  - die Herstellung menschlicher Verhältnisse an den Demarkationslinien (Aufhebung des Schießbefehls bzw. eine positive Regelung dieser Frage, falls die Existenz eines solchen Befehls gelehnet wird);
  - Besuchsmöglichkeiten in beide Richtungen;
  - Möglichkeiten zum Informationsaustausch in beide Richtungen;
  - Zusammenarbeit auf den Gebieten Kultur, Sport, Recht und Wirtschaft;
  - Amnestie für politische Häftlinge.

Ob ein neues Treffen zwischen Brandt und Stoph und/oder die Einsetzung von Kommissionen als Fortschritt bewertet werden können, kann wohl nur angesichts der politischen Entwicklung bis dahin und im Zusammenhang mit anderen Faktoren beurteilt werden.

F. d. R.: Der stellv. Leiter der ersten Hauptverwaltung des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR

S. Kondrašev<sup>53</sup>

---

<sup>44</sup> Im deutschen Original fehlt der Ausdruck „breit gefasst“.

<sup>45</sup> Im deutschen Original folgt: „zwei Bereiche“.

<sup>46</sup> Im deutschen Original: „Berlin“.

<sup>47</sup> Im deutschen Original: „Berlin: Zu fordern wären“.

<sup>48</sup> Im deutschen Original: „des freien Berlin“.

<sup>49</sup> Im deutschen Original: „daher Fortbestand“.

<sup>50</sup> Im deutschen Original: „Berlin“.

<sup>51</sup> Im deutschen Original: „Berliner“.

<sup>52</sup> Im deutschen Original: „Berlin“.

<sup>53</sup> Hs. unterzeichnet.